

# SPD verschärft den Druck auf von der Leyen

**Streitkräfte** Trotz schwerer Mängel in der Ausrüstung muss sich die Bundeswehr rasch auf neue Herausforderungen wie in Syrien und im Irak einstellen. Die Verteidigungsministerin wird vom Koalitionspartner ermahnt, schnell zu handeln. *Von Matthias Schiermeyer*

Nachdem ein externes Gutachten die Schwächen der Rüstungspolitik und ihrer Finanzierung offengelegt hat, steht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) unter Zugzwang. „Die Ministerin hat an der Misere, die sich lange aufgebaut hat und die durch die verunglückte Reform ihres Vorgängers drastisch verschärft worden ist, noch keine Verantwortung“, sagt Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD. „Wenn sie jetzt aber nicht bereit ist nachzusteuern, ist sie dafür verantwortlich.“

Zweieinhalb Jahre lang sei nichts entschieden worden, jetzt müssten lang liegende gebliebene Rüstungsvorhaben auf das Gleis gesetzt und Fehler bei der Aufstellung der Streitkräfte nachjustiert werden. Auch um das momentane Interesse der Gesellschaft an der Bundeswehr als „Weckruf“ zu nutzen, „muss sie das zügig angehen“, mahnte Arnold gegenüber der STZ am Rande einer sicherheitspolitischen Tagung in Stuttgart.

Um die Truppe besser auszustatten, hat von der Leyen bereits eine Debatte über eine mittelfristige Erhöhung des Wehretats gefordert. Die SPD sieht die Lage differenzierter: „Solange die Bundeswehr das zur Verfügung stehende Geld nicht ausgibt,

**„Unabgestimmtes Vorpreschen macht die Regierungsarbeit kaputt.“**

Rainer Arnold (SPD) über die Ministerin

fließende Geld gesichert sei, würden bis zu 1,4 Milliarden Euro aus dem Vorjahr verfallen. „Wir brauchen das“, verlangte Arnold.

Der Nürtinger Abgeordnete regte auch „eine regelmäßige Erhöhung des Wehretats mindestens auf dem Niveau der Preissteigerungsrate“ an, um die höheren Betriebskosten abzudecken. Zudem verlangt er Weichenstellungen für die Zukunft: So müsse das Attraktivitätsprogramm der Truppe extra finanziert werden; und es dürfe nicht so weitergehen, dass in den Einzeljets jeweils 330 Millionen Euro für das Betreuungsgeld abgezweigt werden. Mit diesen Änderungen gäbe es neue Spielräume für den Investitionshaushalt ab 2018.

Die Verteidigungsministerin hatte vor Tagen den Koalitionspartner zusätzlich irritiert, indem sie einen Großteil der Rüstungsindustrie als entbehrlich einstufte. Demnach sollen nur noch „Schlüsseltech-

kann niemand sagen: Wir brauchen mehr Geld“, betonte Arnold. Mittelfristig müsse Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) das in den vergangenen Jahren nicht ausgegebene Geld des Etats „wieder obendrauf geben“. Während das 2014 nicht ab-



Gerade das Fluggerät – wie Tiger (links) und Eurofighter – bereitet Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Sorgen. Fotos: dpa (2), Getty

nologien“ gefördert werden: die Verschlüsselungs- und Sensortechnik etwa. Die Produktion von U-Booten, infanteristischen Waffen und gepanzerten Fahrzeugen stellte sie als Kernfähigkeiten in Frage. SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier warnte nun davor, sich bei der Ausrüstung der Streitkräfte von anderen Ländern abhängig zu machen. Arnold hält von der Leyens Kurs für „fahrlässig“. Der werfe für die Wirtschaft schwierige Fragen auf. In der Koalition sei man sich einig gewesen, eine nationale Souveränität in den Bereichen anzustreben, wo die Streitkräfte stark ausgeprägt seien – bei gepanzerten Einheiten etwa. Zudem habe Deutschland eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie. „Kein vernünftiges Land würde Bereiche, wo es technologisch besonders gut ist, in Frage stellen“, sagte er. „Die Ministerin muss das schnell korrigieren und die Unsicherheiten beseitigen.“ Die gute Regierungsarbeit dürfe nicht „durch unabgestimmtes Vorpreschen kaputt gemacht werden“.

Die Mahnung Steinmeiers, militärische Fähigkeiten in der EU zusammenzuführen, entspricht offenbar der Haltung maßgeblicher Soldaten. Der Ulmer Kommandeur, Generalleutnant Richard Roßmanith, rief auf dem Sicherheitskongress in Stuttgart, die rein nationale Betrachtung aufzugeben. Die Streitkräfte würden zunehmend inter-

nationaler, und es gebe immer mehr Situationen, wo man sich bei den Fähigkeiten ergänzen müsse. Selbst wenn noch viele Einzelschritte nötig seien, „sind wir auf dem Weg zu einer europäischen Armee“. Sie werde es noch nicht morgen oder übermorgen geben – „aber als Vision kann ich mir das gut vorstellen“, sagte der Chef des Multinationalen Kommandos Operative Führung. Von der Leyens Vorgänger Thomas de Maizière hatte die Idee einer europäischen Armee Anfang 2013 noch abgelehnt.

Ob mit den Holländern oder Polen – es gibt diverse Beispiele für gute bilaterale Kooperationen. Doch ist nach Ansicht des

Verteidigungsexperten Arnold ein „multinationales Konzept“ überfällig. Die Franzosen würden ungeduldig, weil nichts passiere, während all die kleineren Partner noch auf Deutschland warten würden.

Wie sehr die Truppe an der Ausrüstungsmisere leidet, deutete General Roßmanith nur an: Vieles sei nicht akzeptabel und müsse dringend behoben werden. „Niemand kann seine Hände in Unschuld waschen“, sagte er zur Verantwortung von Politik, Industrie und Bundeswehrführung. Zugleich relativierte er die Meldungen über den Notstand: „Wir hatten noch nie das, was wir gebraucht hätten.“

## MERKEL WILL OFFENBAR LÄNGERES ENGAGEMENT IN AFGHANISTAN

**Vorstoß** Die Trainingsmission in Afghanistan nach dem Abzug der Nato-Kampftruppen könnte länger dauern als bisher geplant. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) habe in einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag gesagt, sie wolle „noch einmal mit den USA darüber reden“, so der „Spiegel“. Deutschland will sich an der bis 2016 geplanten Ausbildungsmission mit bis zu 800

Soldaten beteiligen. Anfang 2017 soll es keine ausländischen Soldaten mehr in Afghanistan geben. Merkel setzt sich nun offenbar dafür ein, die Trainingsmission zu verlängern. Der Zustand von Armee und Polizei bereiteten ihr Sorgen. Aus Regierungskreisen in Berlin hieß es, Deutschland habe „großes Interesse an der langfristigen politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Afghanistans“.

**Kritik** Die Linkspartei kritisiert das Vorhaben: „Jetzt will die Kanzlerin die Soldaten sogar länger dort lassen als die USA“, monierte der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Jan van Aken. „Einen gescheiterten Krieg gewinnt man auch nicht in der Verlängerung.“ Die Regierung habe in ihrem Streben, Deutschland auf militärischem Wege zu Weltgeltung zu verhelfen, jedes Maß verloren. AFP/dpa